

**Prof. Dr. Holger Matt**  
**Honorarprofessor an der Johann Wolfgang Goethe-Universität**  
**Rechtsanwaltskanzlei**  
**Mainluststraße 12, 60329 Frankfurt am Main**  
**Telefon: 069/ 90 555 20**  
**Telefax: 069/90 555 222**  
**E-Mail: kanzlei@dr-matt.de**  
**www.dr-matt.de**

## **Klausur im Sommersemester 2007**

### **Strafrecht IV**

#### **Strafprozessrecht und Gerichtsverfassungsrecht**

A und B gründen nach polizeilichen Erkenntnissen eine „Bande“ mit dem Ziel der fortgesetzten Begehung von Diebstählen. Eines Tages kommt A in den Verdacht, in einen Kiosk eingebrochen zu sein und Bargeld und Süßigkeiten gestohlen zu haben:

Zufällig kommt eine Polizeistreife an einem Kiosk vorbei, bemerkt einen Einbruch und beobachtet den davon eilenden A. Die Polizei nimmt den von ihr nicht identifizierten A vorläufig fest und befragt ihn, ob er Täter des Kioskeinbruchs gewesen ist und welche Gegenstände er ggf. mitgenommen hat. Erschrocken bejaht A den ersten Teil der Frage. Bei der Durchsuchung des A stellten die Polizeibeamten Bargeld in Höhe von ca. 5.000,00 € sicher. Sonstige verdächtige Gegenstände konnten bei A nicht gefunden werden. Im Rahmen einer Absuche der Umgebung des Kiosks fanden die Polizeibeamten zwei original verpackte Kisten mit Süßigkeiten. Andere verdächtige Personen wurden im Umfeld des Kiosks seitens der Polizeibeamten nicht gesichtet. Die Polizei stellt bei weiteren Ermittlungen fest, dass A nicht angemeldet ist und sich unregelmäßig an unterschiedlichen Orten, u. a. in der Wohnung des B, aufhält. Auch einen Arbeitsplatz oder sonstiges regelmäßiges Einkommen kann A nicht nachweisen.

Aufgabe 1: Benennen Sie die Rechtsgrundlagen für die Maßnahmen der Polizeibeamten.

Aufgabe 2: Prüfen Sie die Rechtmäßigkeit der seitens der Polizeibeamten eingeleiteten Maßnahmen gutachterlich.

Aufgabe 3: Prüfen Sie gutachterlich unter Würdigung des gesamten rechtlich verwertbaren Sachverhalts, ob die Voraussetzungen für Untersuchungshaft im Falle des A vorliegen (materielle Prüfung).

Aufgabe 4: Beschreiben Sie unter Benennung der einschlägigen Vorschriften, welche Verfahrensbeteiligten des Strafprozesses in welcher Reihenfolge über einen Haftbefehl entscheiden würden (formelle Voraussetzungen).

Aufgabe 5: Benennen Sie weitere mögliche Ermittlungsansätze der Polizei bzw. Staatsanwaltschaft und prüfen Sie das Vorliegen der gesetzlichen (materiellen und formellen) Voraussetzungen.

Alle Fragen sind in der Form eines Gutachtens zu beantworten.

Bearbeitungszeit: 3 Stunden

Rückgabe und Besprechung der Klausur:

Ende Juni (Näheres wird noch bekannt gegeben)